

PRESSEMITTEILUNG



Stadtbürgermeister und Beigeordnete mahnen Sachlichkeit in der Diskussion um Straßenausbaubeiträge an – Bürger sollen zu den öffentlichen Sitzungen der Gremien der Stadt Wissen kommen und Bürgersprechtage nutzen – Am 14. Januar werden Beratungen fortgesetzt

Wissen, 07.01.2020

In Wissen wird derzeit das Thema Straßenausbaubeiträge diskutiert. In den nächsten Wochen werden sich der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt und der Stadtrat erneut intensiv mit der Materie befassen, bevor am 10. Februar der Stadtrat endgültig entscheidet. Los geht es mit einer öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Januar um 18 Uhr im kulturWERKwissen.

Stadtbürgermeister Berno Neuhoff und die Beigeordneten Claus Behner, Horst Pinhammer und Wolf-Rüdiger Bieschke rufen gemeinsam die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertreter der beiden Bürgerinitiativen zu einer sachlichen Diskussion auf und weisen Diffamierungen der Stadtratsmitglieder und Fraktionen im Stadtrat auf Flyern, in sozialen Netzwerken oder Leserbriefen zurück. Die Bürgerinnen und Bürger bitten werden gebeten, an den öffentlichen Sitzungen zum Thema Straßenausbaubeiträge teilzunehmen, die Diskussion zu verfolgen und sich für die Bürgersprechtage am 6. oder 7. Februar anzumelden, um auch Einzelfragen für das eigene Grundstück stellen zu können. „Das versachliche die teilweise nur noch emotional geführte Diskussion um das Thema Straßenausbaubeiträge“, so die Kommunalpolitiker.

„Es geht um eine wichtige Entscheidung in einer Sachfrage zur Finanzierung des künftigen Straßenausbaus im gesamten Stadtgebiet von Wissen und eine Weichenstellung für die Zukunft. Das hat nichts mit Haushaltssanierung zu tun, sondern richtet sich alleine nach den in Rheinland-Pfalz aktuell gültigen Gesetzen. Straßenausbaubeiträge werden ausschließlich für den Straßenausbau eingesetzt. Nur der von den Bürgern im Mai letzten Jahres gewählte Stadtrat ist demokratisch legitimiert, eine verantwortungsvolle Entscheidung über den Verbleib beim bisherigen System der Einmalbeiträge zu treffen oder einen Wechsel des Beitragssystems durch Satzungsbeschluss herbeizuführen. Dabei hat der Stadtrat das Wohl der Stadt und aller Bürger im Blick und trägt die Verantwortung für das gesamte Stadtgebiet und die Zukunft der Stadt Wissen. Dies unterscheidet ihn auch von Interessengruppen oder Bürgerinitiativen, die zusammenkommen und sich am Ende wieder auflösen. Die vom Stadtrat zu entscheidende Frage ist, ob die Stadt Wissen an einer Straße wenige mit teils sehr hohen Einmalbeiträgen belastet oder in einer größeren Abrechnungseinheit viele mit geringeren wiederkehrenden Beiträgen belastet, die auch nur dann entstehen, wenn

PRESSEMITTEILUNG



in einer Abrechnungseinheit gebaut wird“, so der Stadtbürgermeister und die Beigeordneten in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Der „Stadtvorstand“ von Wissen verweist ferner darauf, dass es nun darum geht, den gemeinsam gesetzten Zeitplan und das Für und Wider eines Systemwechsels möglichst gerecht abzuwägen, um dann eine wohlüberlegte Entscheidung treffen zu können. Mit Blick auf den Verfall von Fördermitteln aus dem Investitionsstock für die Eisen- und Hüttenstraße zum 30.6.2020 oder dem Förderprogramm „Aktive Stadt“ am 31.12.22 für die Rathausstraße, die in mehreren Abschnitten ausgebaut wird, kann diese Frage nicht aufgeschoben werden, sondern ist, wie bereits im Januar letzten Jahres festgelegt, jetzt zu entscheiden. Straßenausbaubeiträge zu erheben, ist keine Ermessensfrage für die Stadt Wissen, sondern die Verpflichtung ergibt sich unmittelbar aus Gemeindeordnung und Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz. Des Weiteren weisen Beigeordnete und Stadtbürgermeister in der Pressemeldung darauf hin, das andere Kommunen und Städte im Kreis, beispielsweise in der VG Altenkirchen-Flammersfeld, der VG Hamm oder die Stadt Daaden, bereits seit Jahren das Abrechnungssystem wiederkehrender Beiträge eingeführt haben und dass Befürchtungen und Ängste, die in der Bevölkerung derzeit von Personen geschürt werden, sich dort nicht realisiert haben. Derzeit ist offen, welche Entscheidung getroffen wird. Egal welche Entscheidung aber durch die legitimierten Stadträtinnen und Stadträte auch getroffen werden wird, beruht diese Entscheidung auf sachlichen Erwägungen und ist zu akzeptieren, da sie in einem demokratisch legitimierten Verfahren zustande gekommen ist und sich alle Mitglieder des Stadtrates umfassend über das Für und Wider über die Einführung wiederkehrender Beiträge informiert haben. Diese auch für die Bürger im Amtsblatt und im Internet bereitgestellten Informationen ermöglichen eine gezielte und sachgerechte Information aus erster Hand. Darüber hinaus bietet die Verbandsgemeindeverwaltung und die Stadt Wissen durch Einzelgespräche an, dass jeder Bürger für sein Grundstück spezifische Fragen und Informationen erhält. Dass mit beiden Bürgerinitiativen in Wissen Gespräche am Runden Tisch von Stadtbürgermeister und Fraktionsvorsitzenden stattfinden, wird ausdrücklich begrüßt. Terminvereinbarung für den 6. Und 7. Februar bitte vormittags beim Büro des Stadtbürgermeisters, Telefon: 02742/9115151 oder unter Email: Stadtbuergermeister@rathaus-wissen.de

||hr Pressekontakt:

Stadt Wissen

Platz des Wissener Jahrmarktes | D-57537 Wissen

stadtbuergermeister@rathaus-wissen.de | 02742 / 911 5151